

Volker Kauder: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wir haben gerade eben mit überwältigender Mehrheit den Antrag, der die Zukunftspositionen der Union beschreibt, beschlossen. Damit haben wir uns als Partei ein Programm gegeben, aus dem hervorgeht, wie wir die nächsten Jahre politisch gestalten wollen.

Da passt es sehr gut, dass heute ein herausragendes Ereignis stattfindet; nicht bei uns in Deutschland, aber in Europa. Am heutigen Mittwoch nimmt Stefan Hell den Nobelpreis für Chemie in Stockholm entgegen. Wir gratulieren ihm herzlich zu dieser großartigen Auszeichnung.

(Beifall)

Stefan Hell hat darauf hingewiesen, dass seine Arbeit nur möglich war, weil er eine besondere Förderung erhalten hat. Damit ist er ein Vorbild. Er hat sich dazu bekannt: Ich wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert. Ich bin Altstipendiat. Ich bedanke mich dafür. Ohne das Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung wäre ich nicht so weit gekommen. Herzlichen Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung für diese Unterstützung.

(Beifall)

Durch dieses Beispiel wird deutlich: Bildungspolitik und Engagement für Bildung sind zentrale Voraussetzungen für unsere wirtschaftliche Entwicklung und für Wirtschaftswachstum.

Eigentlich ist es ganz einfach: Wir sind ein rohstoffarmes Land. Wer nichts im Boden hat, der muss es in der Birne haben, sonst wird es nichts mit dem Wettbewerb mit den anderen auf der Welt.

(Beifall)

Deshalb ist die Investition in Bildung entscheidend.

Es wird immer wieder gesagt, wir hätten ein großes Defizit bei den Investitionen. Wer so etwas formuliert, der bemüht einen veralteten Investitionsbegriff, nämlich Investitionen in Beton. Aber ich kann nur sagen: Investitionen in Bildung und in all das, was innerhalb des umrandeten Betons stattfindet, sind mindestens ebenso wichtig. Deswegen bringt die Regierung ein Investitionsprogramm in Milliardenhöhe auf den Weg, das von Frau Wanka umgesetzt wird. Wir sind diejenigen, die in Bildung investieren und damit in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall)

Wir haben einen weiteren gewaltigen Schritt gemacht. Wir haben uns entschlossen, die Kosten für das BAföG ganz auf den Bund zu übertragen. Wir verbinden damit die Hoffnung, ja fast die Verpflichtung, dass die frei werdenden Milliarden in den Ländern auch für die Bildung eingesetzt werden.

Bildung ist zunächst eine zentrale Aufgabe unserer Länder. Wenn ich dann aber höre, dass eine Großzahl der SPD-geführten Bundesländer das frei gewordene Geld gar nicht für Bildung einsetzt – die einen wollen es für Beamte, die anderen für Kitas, wieder andere für den Haushaltsausgleich einsetzen –, dann kann ich nur sagen: Wir erwarten von den Ländern, dass sie ihren Auftrag „Investition in Bildung“ ernst nehmen und das Geld nicht für irgendetwas anderes verplempern.

(Beifall)

Ich fordere unsere Kolleginnen und Kollegen in den Landtagen auf: Stellt in den Ländern, in denen ihr jetzt in der Opposition seid, wieder die Regierung! Es ist unerträglich, dass die SPD-Bundestagsfraktion ständig davon spricht, dass mehr für Bildung getan werden muss, aber die SPD in den Ländern, wo sie unmittelbare Verantwortung trägt, nichts macht. Das dürfen wir denen nicht durchgehen lassen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Investition in Bildung ist eines der zentralen Themen der Regierung. Aber es gibt noch ganz andere Schwerpunkte. Da ich viel in Deutschland unterwegs bin und fast jeden Abend Gelegenheit habe, mit Mitgliedern unserer Partei zu sprechen, weiß ich natürlich, welche Fragen in der Partei gestellt werden. So heißt es: Das ist ja alles gut und schön, aber wir haben manchmal den Eindruck, dass ihr als Regierungsfraktion in der Bundespolitik zu wenig vorkommt. – Ich kann nur sagen: Die Sorge ist wirklich völlig unbegründet. Wir kommen in dieser Regierung zentral vor, liebe Freundinnen und Freunde; denn wir stellen die Regierungschefin, die in Deutschland auf sensationelle Zustimmungsraten stößt. Wir regieren in diesem Land mit Angela Merkel an der Spitze!

Wenn Sie sich die Ergebnisse, zum Beispiel des heute veröffentlichten stern-RTL-Wahlrends anschauen, stellen Sie fest, dass wir allen Grund haben, selbstbewusst zu sein. Herrn Gabriels Werte bei der Kanzlerpräferenz liegen inzwischen bei 11 Prozent. Das ist wahrhaftig kein Wert, vor dem wir uns fürchten müssen.

(Beifall)

Es muss auch gesagt werden, dass viele das, was wir in dieser Regierung erreicht haben, als selbstverständlich erachten. Manche Punkte, die in der Koalitionsvereinbarung stehen, werden nicht unmittelbar umgesetzt, sind aber dennoch zentral für die Weiterentwicklung unseres Landes; weshalb wir immer wieder darauf hinweisen müssen.

Vor der Bundestagswahl im letzten Jahr haben uns die Wirtschaftsverbände gesagt, dass zwei Punkte für sie zentral sind: keine Steuererhöhungen – weder bei der allgemeinen Steuer noch bei der Vermögensteuer – und weniger Bürokratie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, den ersten Punkt konnten wir in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen. Es war schwer gegenüber der SPD durchzusetzen, dass es keine Steuererhöhungen geben soll. Deswegen ist es ein umso größerer Erfolg, dass wir dieses Vorhaben umgesetzt haben. Ich sage Ihnen ganz klar zu: In dieser Legislaturperiode gibt es mit uns keine Steuererhöhungen. Punkt! Dabei bleibt es. Darauf kann sich die deutsche Wirtschaft verlassen.

(Beifall)

Natürlich gibt es mit uns auch keine Substanzbesteuerung. Hören Sie sich doch einmal an, was Grüne und Sozialdemokraten schon wieder formulieren: Es muss eine Vermögensteuer geben, wir müssen über die Erbschaftsteuer nachdenken. – Es kann sein, dass wir ab dem 17. Dezember, je nachdem, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet, über die Erbschaftsteuer nachdenken müssen.

Wir werden das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ernst nehmen. Aber ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Wir werden unser Ziel weiterhin klar verfolgen und auch umsetzen; denn wir wissen, dass unsere Wirtschaft, unser Mittelstand, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und von Zukunftschancen für die junge Generation keine Erbschaftsteuer braucht. Wir werden dafür sorgen, dass unser deutscher Mittelstand Arbeitsplätze schafft und keine Erbschaftsteuer bezahlen muss.

(Beifall)

Damit haben wir zentrale Forderungen der deutschen Wirtschaft im Interesse der Arbeitsplätze erfüllt.

Ein zweites Thema, das wir alle im Wahlkampf angesprochen haben, lautete: Es muss in Europa bei ein paar Grundsätzen bleiben. Sie lauten: Mit uns gibt es keine Vergemeinschaftung von Schulden. Mit uns gibt es keine Euro-Bonds. Jeder muss die Verantwortung für seine Haushaltspolitik tragen. Ja, wir sind solidarisch und helfen, aber wir verlangen, dass vorher jeder seine Hausaufgaben gemacht hat. Eine Politik, wie sie die SPD zulasten Dritter wollte, in der die einen, die Deutschen, ihre Hausaufgaben machen, die anderen sich aber nicht darum kümmern und am Schluss alle zusammen zahlen, ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall)

Wie viele Sozialisten in Europa haben gehofft, dass die Wahl in Deutschland anders ausgeht? Ich kann nur sagen: Es ist ein Segen für unsere Wirtschaft, aber auch ein

Segen für Europa, dass wir mit Angela Merkel und Wolfgang Schäuble zwei Politiker haben, die leidenschaftliche Europäer sind, die aber auch einen klaren Kurs haben. Es hilft Europa nichts, wenn Europa immer neue Regeln aufstellt, sich aber nie daran hält.

(Beifall)

Deswegen unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundeskanzlerin bei ihrem europafreundlichen Kurs, Europa wieder auf die Füße zu bringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben viel über innenpolitische Themen gesprochen. Darauf komme ich nachher noch einmal zurück. Ich glaube, dass zwei große Herausforderungen, die wirklich ernst zu nehmen sind, die Menschen in Deutschland und uns beschäftigen. Das eine ist die Situation in Russland und der Ukraine. Auch hierzu haben wir eine klare Position. Wir haben gerade 25 Jahre Mauerfall und die deutsche Einheit begangen. Wir als Union haben immer formuliert, dass wir das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen haben wollen. Wir wollen keine Fremdbestimmung durch andere, wir wollen selbst entscheiden, wie wir in die Zukunft gehen. Deswegen ist es doch selbstverständlich, wenn wir als Union sagen, dass wir das, was wir Deutsche in Anspruch genommen haben und in Anspruch nehmen, auch für andere verteidigen müssen. Die Menschen in der Ukraine haben das Recht, ohne Bevormundung aus Russland frei zu entscheiden, welchen Weg sie in die Zukunft gehen wollen. Das müssen wir unterstützen.

(Beifall)

Wir haben auch in Europa unsere Lektionen aus der Geschichte gelernt. Wir haben gelernt, dass Frieden nur möglich ist, wenn wir das Völkerrecht akzeptieren. Wenn wir vor allem eine Lehre aus der Geschichte ziehen, dann die, dass nie wieder, wie es vor dem Ersten Weltkrieg geschehen ist und dann in logischer Konsequenz der damaligen Machthaber im Zweiten Weltkrieg, aus Verletzungen der Souveränität, aus Grenzverletzungen ganz automatisch Kriege entstehen. Diese Konsequenz haben wir gezogen. Aber Russland hat sie nicht gezogen. Russland spricht von Einflussphären, das sind Worte aus einer vergangenen Zeit. Einflussphären und Selbstbestimmungsrecht vertragen sich nicht miteinander.

Natürlich reden wir mit Russland. Es war von Anfang an ganz klar, dass eine militärische Lösung dieses Konflikts für uns nicht in Betracht kommt. So hat es auch Angela Merkel formuliert. Eines ist aber auch klar: Wir müssen natürlich schon Ursache und Wirkung beim Namen nennen. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit und nicht mit dem ideologischen Blick auf die Situation. Dazu muss ich sagen: Ich bin einigermaßen überrascht, dass 69 prominente oder weniger prominente Menschen, darunter ein ehemaliger Bundeskanzler, der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag einen offenen Brief, einen Appell nach dem Motto „Krieg?“ geschickt und uns ermahnt haben. Diese Menschen haben sich doch in der Anschrift geirrt. Nicht wir haben das Völkerrecht verletzt. Den Brief müssen sie nach Moskau schicken und nicht in den Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Wenn man glaubt, mit solchen Briefen den Kreml und Herrn Putin zur Vernunft zu bringen, dann täuscht man sich. Ich kann nur sagen: Wer Völkerrechtsverletzungen schönredet, der wird den Frieden in der Welt und in Europa nicht sicherer machen.

(Beifall)

Das wollen wir aber, deshalb unterstützen wir unsere Bundeskanzlerin bei all dem, was sie in der Russland- und Ukraine-Politik in Europa vertritt und verantwortet.

Das zweite Thema, das uns sehr beschäftigt, passt zum heutigen Tag. Heute ist der Internationale Menschenrechtstag der UNO. Ich bin darüber erfreut, dass die UNO aus diesem Anlass klare Formulierungen gefunden hat. Sie hat nicht allgemein „Wir sind für Menschenrechte und verurteilen Menschenrechtsverletzungen“ formuliert, sondern ist konkreter geworden und dies ist auch notwendig. Die Menschenrechtsverletzungen im Irak und in Syrien sind vor allem dadurch bedingt, dass Religionsfreiheit bekämpft und attackiert wird. Waren es früher im Wesentlichen die Christen, so sind es heute die Jesiden und die Muslime, die nicht islamistisch sein wollen. Deswegen kann ich nur sagen: Ja, wir alle müssen verurteilen, was im Augenblick im Irak passiert. Die Religionsfreiheit ist das zentralste Menschenrecht

überhaupt. Sie können überall auf der Welt hinschauen: Dort, wo es keine Religionsfreiheit gibt, gibt es auch keine Freiheit. Deswegen treten wir für die Religionsfreiheit ein.

(Beifall)

Ich hoffe, dass wir den Kampf gegen die Islamisten entschlossen angehen, wohlwissend, dass dies keine Aufgabe ist, die in wenigen Wochen zu lösen ist. Dafür braucht man einen längeren Atem. Ich bin froh, dass auch der Zentralrat der Muslime nach einer gewissen Zeit jetzt öffentlich erklärt hat, dass das, was durch den IS oder ISIS im Irak und Boko Haram in Nigeria stattfindet, mit dem Islam, mit der Religion nicht zu vereinbaren ist. Ein erstes Hoffnungszeichen ist, dass der Großscheich der Universität in Kairo ebenso formuliert. Ich wünsche mir, dass wir bei der Verurteilung dieser schrecklichen Taten, die der ISIS verübt, geschlossen sind. Moderate Muslime, Christen und Jesiden, wir alle müssen klipp und klar sagen: Mit diesen Verbrechern haben wir überhaupt nichts gemeinsam.

(Beifall)

Natürlich folgt daraus, dass wir in der deutschen Innenpolitik die Dinge umsetzen müssen, die der Innenminister de Maizière mit unserer Fraktion vereinbart hat.

Natürlich müssen wir kontrollieren, wer aus diesem Kampf zurückkommt. Natürlich müssen wir diejenigen beobachten, die bereits in der extremistischen Szene unterwegs sind. Dies muss konsequent geschehen. Natürlich müssen wir auch die Salafistenszene beobachten. Das machen wir auch alles. Wir bewegen uns immer auf der Gratwanderung zwischen Freiheit und Verfolgung solcher Dinge durch den Rechtsstaat. Was wir aber zuweilen auf den Straßen unseres Landes erleben, ist nicht das, was wir uns vorstellen und führt auch nicht zu den richtigen Ergebnissen. Wenn die Dinge auch noch von den Falschen unterstützt werden, bringt uns das auch nicht weiter. Ich bin schon für Demonstrationen. Aber pauschal davon zu reden, dass alle Muslime in unserem Land Gefahr liefen, dieser Szene anzuhängen, geht beim besten Willen nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das unterstützen wir auch nicht.

(Beifall)

Ich muss schon einmal auf Folgendes hinweisen – Sie wissen, dass ich viel in der Welt unterwegs bin und verfolgte Christen und inzwischen auch Jesiden und Muslime besuche –: Wer wie wir in der Union formuliert, dass er für Religionsfreiheit eintritt, der muss auch denen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden, egal ob Christ, Jeside oder Muslim, hier in unserem Land eine neue Heimat ermöglichen. Für eine C-Partei gehört zusammen: Wir stehen verfolgten Christen, Menschen, die wegen ihrer Religion verfolgt werden, bei – in ihrer Heimat, aber auch in unserem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die Position christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik.

(Beifall)

In diesen Fragen also kommt es darauf an, dass wir klar und deutlich Farbe bekennen und immer wieder auf unseren Kompass zeigen: Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.

Diese Position zur Religionsfreiheit bezieht sich nicht nur auf den Irak oder Sonntagsreden, sondern hat auch unmittelbare Bedeutung für die aktuelle Politik. Wir brauchen hier gar nicht mehr viel anderes zu formulieren. Wir können nur der Türkei, die NATO-Mitglied ist und sich auf dem Weg nach Europa befindet, sagen: Die Türkei war einmal ein Ursprungsland des Christentums; heute leben dort nur noch wenige Christen. Aber dass man diesen wenigen Christen nicht die Religionsfreiheit garantiert, ist für mich unverständlich.

(Beifall)

Ich kann nur sagen: Wir begrüßen rechtsstaatliche Entwicklungen, Änderungen der Gesetze in der Türkei. Das ist alles in Ordnung. Wenn die Türkei aber nicht bereit ist, die Religionsfreiheit in ihrem Land zu akzeptieren, ist sie meilenweit von unserem Europa, unseren Überzeugungen, unserem Europa der Werte entfernt. Das muss man der Türkei klar und deutlich sagen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in dieser Großen Koalition einen Koalitionsvertrag. Die eine oder andere Maßnahme mag dem einen oder der anderen nicht gefallen. Das bringt aber nichts. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit: Wir haben diesen Vertrag abgeschlossen. Es gibt Dinge, die unsere volle Zustimmung finden, und andere, die uns, wenn wir alleine regieren würden, nicht eingefallen wären. Das ist auch wahr. Aber wir haben diese Regierung bilden wollen und müssen; andere standen uns nicht zur Verfügung. Die Linken hätten vielleicht mitgemacht. Die Grünen hatten Angst vor der eigenen Courage. Es blieben die Sozialdemokraten, mit denen wir es wagen. Zu den Linken kann ich nur sagen: Es wäre uns nicht einmal im total besoffenen Zustand eingefallen, mit denen etwas gemeinsam zu machen.

(Beifall)

Dass es aber der SPD einfällt, ist natürlich schon etwas außergewöhnlich.

Ich möchte nur ganz kurz aus Wolf Biermanns Brief an Matthias Büchner zitieren, der in diesen Tagen in einigen deutschen Zeitungen erschienen ist. Wolf Biermann wurde aufgefordert, nach Erfurt zu kommen und dort gegen die Entwicklung anzusingen. Er hat geschrieben, dass er das nicht machen könne. Er hat geschrieben, zu einem seiner Helden gehöre Otto Wels, der Sozialdemokrat, der, kurz bevor die Ermächtigungsgesetze beschlossen wurden, den bemerkenswerten Satz gerufen hat – ich zitiere jetzt Biermann, Biermann Wels:

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Jetzt zitiere ich Biermann. Biermann sagt:

„Heute passiert es umgekehrt, man könnte sarkastisch sagen, es sei ein Fortschritt: Ja, Freiheit und Leben kann den Sozialdemokraten in der Demokratie zum Glück keiner mehr nehmen. Und nur noch sie sich selbst: die Ehre.“

Die Sozialdemokraten sollten einmal berücksichtigen, was in der Geschichte passiert ist, dass sie die Ehre nicht aufgegeben haben. Aber heute machen sie genau dies, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir brauchen von Sozialdemokraten, aber auch von anderen keine Belehrungen. Wir haben einen klaren Beschluss, dass wir mit der AfD nicht zusammenarbeiten. Bei diesem Beschluss bleibt es. Der Parteitag hat in der einen oder anderen Entscheidung auch schön dokumentiert, dass wir diesen Grundsatz durchhalten werden und durchhalten wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin diesem Parteitag auch dankbar dafür. Ich kann nur sagen: Diejenigen, die uns ermahnen wollen, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten, was wir auch gar nicht machen, hätten allen Grund, sich einmal selber zu prüfen. Wer uns vorhält, wir sollten nicht mit der AfD zusammenarbeiten, aber selber mit den SED-Nachfolgern, die bis zum heutigen Tag die Auskunft verweigern, wo sie ihr Geld versteckt haben, gemeinsame Sache macht, verhält sich heuchlerisch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden unsere Arbeit in Berlin professionell fortsetzen. Wir werden dem Land auch in den nächsten Jahren dieser Koalition eine gute Regierung stellen und uns nicht durch das beeindrucken lassen, was geschehen ist, auch wenn es unverständlich ist.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden schon auch sagen müssen, dass die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auf aktuelle Entwicklungen reagieren muss. Es ist hier schon von einigen Rednern gesagt worden: Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen im sozialen Bereich umgesetzt. Ich bin allerdings

nicht bereit, dies alles pauschal als Fehler zu bezeichnen. Die Bundeskanzlerin hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es der dringende nachhaltige Wunsch mehrerer Bundesparteitage war, eine Gerechtigkeitslücke zu verringern und den Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, eine höhere Mütterrente zu geben. Es war doch allen bewusst, dass dies nicht zum Nulltarif geschehen kann und dass dies nicht vom Himmel fällt. Ich habe mich lange schwer damit getan – das wissen die Frauen in der Frauen Union –, dem Anliegen nachzukommen, weil ich zunächst wissen wollte, ob wir das auch finanzieren können. Der Wunsch ist das eine, die Finanzierung das andere. Wir haben das berechnet und gesagt: Jawohl, wir können das verantworten.

Deswegen haben wir es auch gemacht. Wir haben es den Menschen versprochen, und was wir versprochen haben, halten wir. Deswegen kam die Mütterrente. Das ist ein gewaltiger Brocken. Sie ist das größte Projekt dieser Koalition in der Sozialpolitik und kostet etwa 6,5 bis 7 Milliarden Euro. Ich bin jetzt aber nicht bereit, zu sagen: Das war ein Fehler. Nein, im Gegenteil: Es war ein Fehler, dass wir es nicht intensiv nach außen vorgetragen haben und nicht immer wieder gesagt haben: Das ist unser Projekt.

(Beifall)

Mich hat es schon geärgert, dass auf dem Katholikentag in Regensburg einige Frauen Frau Nahles für die Mütterrente beglückwünscht haben. Die hat mit dem Thema nun wirklich überhaupt nichts zu tun gehabt, außer dass sie umgesetzt hat, was im Koalitionsvertrag stand.

(Beifall)

Bekennen wir uns doch dazu: Es war unsere Forderung, und wir haben sie erfüllt. 9 Millionen Frauen bekommen jetzt eine höhere Rente.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines möchte ich klarstellen: Wir stehen wirtschaftlich gut da. Das Gerede, dass die Wirtschaft schwächer werden könnte, kann ich überhaupt nicht verstehen. Wir haben immer noch ein Wachstum zu verzeichnen. Wir sehen zwar, dass das Wachstum nicht mehr so dynamisch ist, aber es gibt überhaupt keinen Grund zur Panik, sondern nur Grund zur angemessenen Reaktion. Deswegen habe ich im Deutschen Bundestag gesagt: Wir setzen die Koalitionsvereinbarung um, so wie wir sie beschlossen haben, aber nichts mehr darüber hinaus. Und ich habe gesagt: Dann muss auch mal gut sein. Jetzt müssen die Interessen der Wirtschaft in den Vordergrund gerückt werden; denn wir, die christlichen Demokraten und die CSU, wissen: Das Geld, das ausgegeben werden soll, muss zunächst einmal erwirtschaftet werden. Das ist ein schwierigerer und härterer Vorgang, als das Geld auszugeben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir stehen für das Erwirtschaften.

(Beifall)

Wir haben uns mit dem Bundeswirtschaftsminister auf ein Programm für weniger Bürokratie verständigen können, das jetzt auf den Weg gebracht werden soll. Dieses Programm enthält vor allem einen Satz mit dem wunderschönen Begriff „One in, one out“. Das bedeutet: Wenn ein Gesetz auf den Weg gebracht wird, das mit zusätzlicher Bürokratie verbunden ist, dann muss an anderer Stelle in gleichem Umfang Bürokratie abgebaut werden. Sigmar Gabriel hat diesen Vorschlag übernommen. Dieser Vorschlag wird jetzt im Kabinett und dann im Deutschen Bundestag beraten. Ich bin einmal auf die Diskussionen gespannt, die wir dann erleben, wenn die nächsten Gesetze mit „in“ kommen, nämlich mit mehr Bürokratie, und wir schauen müssen, bei welchen wir „out“ machen. Aber auf eines können Sie sich verlassen – die Wirtschaft auch: Wir wissen sehr wohl, dass die Wirtschaft Investitionsspielraum braucht, dass sie Luft zum Atmen braucht. Der Wettbewerb ist härter geworden. Wir wollen ihn und müssen ihn bestehen, nicht im Interesse von irgendwelchen großen Konzernen, wie mancher Linke behauptet – so ein Quatsch! –, sondern um Arbeitschancen für uns alle und vor allem für unsere junge Generation zu haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der entscheidende Punkt. Deswegen werden wir der Wirtschaft auch helfen.

(Beifall)

Ich erinnere nur daran, dass wir noch ein Thema haben, dass auch nicht ganz einfach ist: Wir wollen ein Gesetz zur Tarifeinheit auf den Weg bringen. Die Freiheit, Gewerkschaften zu bilden, ist im Grundgesetz fest verankert. Das soll auch so bleiben. In unserem Grundgesetz ist aber auch die Gemeinwohlorientierung formuliert. Die Freiheit des Einzelnen hört immer bei der Freiheit von anderen auf, und die Summe von Einzelinteressen ist noch nicht das Gemeinwohl. Das Gemeinwohl muss wieder in den Vordergrund gestellt werden. Es kann nicht sein, dass einige kleine Gewerkschaften eine ganze Nation in Haft nehmen für ihre ureigenen Anliegen, vor allem dann, wenn es gar keine Tarifanliegen, sondern Machtanliegen sind.

(Beifall)

Es ist ein berechtigtes Interesse, dass wir hier unserer Wirtschaft helfen. Wir werden dieses Gesetz auf den Weg bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in bewegten Zeiten und sind froh, dass es uns in unserem Land noch so gut geht. Dass die Menschen noch voller Hoffnung und Zuversicht sind, ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir diese Herausforderungen bewältigen. Natürlich stehen wir vor großen Herausforderungen, aber wir sind auch gerüstet. Gerade wir als Union sollten immer wieder einen Blick in die Geschichte werfen. Dann werden wir erkennen: Immer dann, wenn es in unserem Land besonders schwierig war, wenn die Herausforderungen besonders groß waren, hat die Union das Land regiert und auf einen guten Weg geführt. Das ist heute wieder so. Auch jetzt ist es schwierig. Die Union führt die Regierung. Wir haben eine Bundeskanzlerin, die klar Kurs hält, auf deren Wort man hört. Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir als Union sind dankbar dafür, dass wir mit Angela Merkel eine so starke Kanzlerin an der Spitze unseres Landes haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Herausforderungen sind groß, aber ich bin sicher, dass wir es schaffen können. Ich sage Ihnen allen, die Sie unsere Arbeit mit viel Zustimmung und Solidarität, aber natürlich auch mit kritischen Anmerkungen begleiten, Dank. Es wäre ja noch schöner, wenn man als Mitglied der Christlich Demokratischen Union nicht das Recht hätte, diejenigen, die für eine bestimmte Zeit Verantwortung übertragen bekommen haben, zu kritisieren. Hilfreich zu kritisieren, das zeichnet eine Partei aus. Aber eine Partei zeichnet im Gegensatz zu mancher Interessengruppe auch aus, dass wir uns am Schluss zusammenfinden, so wie es jetzt auch bei diesem Antrag nach wochenlangen Diskussionen, die wir im Vorfeld geführt haben, der Fall war.

Die Union zeichnet aus, dass wir bereit sind, in schwierigen Situationen das Land sicher zu führen. Die Union zeichnet aus, dass wir kritische Diskussionen führen, aber dann auch zu einem Ergebnis kommen, weil wir wissen: Am Schluss kommt es darauf an, dass CDU und CSU dieses Land in eine gute Zukunft führen. Daran beteiligen wir uns alle, jeder an seinem Platz: der eine in der Regierung, der andere in der Fraktion, der Dritte im Gemeinderat, im Kreistag oder in seinem CDU-Ortsverband. Ich kann nur sagen: Ich bin stolz darauf, dieser Partei anzugehören, in ihr mitzuarbeiten, die Deutschland auf einen so hervorragenden Kurs geführt hat. Ich sage Ihnen allen Danke, dass Sie zusammen die große Familie bilden, in der wir uns wohlfühlen, einmal mehr, einmal weniger, aber immer um die Verantwortung wissend, die wir übernommen haben und die man uns übertragen hat. Dafür sage ich Ihnen allen herzlichen Dank, und da das allermeiste im Leben geschenkt ist, wünsche ich uns allen Gottes Segen.

(Anhaltender Beifall)